



Aktion zum Energiegipfel vor Bundeskanzleramt: Schluss mit dem Bremsen ? Energiewende jetzt! 100000 Unterschriften an Altmaier übergeben

Aktion zum Energiegipfel vor Bundeskanzleramt: Schluss mit dem Bremsen - Energiewende jetzt! 100000 Unterschriften an Altmaier übergeben
Anlässlich des heute stattfindenden Energiegipfels von Bundeskanzlerin Angela Merkel mit den Ministerpräsidenten haben der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Paritätische Wohlfahrtsverband und das Kampagnennetzwerk Campact die Bundesregierung aufgefordert, die Energiewende zu beschleunigen und deren Kosten gerechter zu verteilen. Bei einer Kundgebung unter dem Motto "Schluss mit dem Bremsen - Energiewende jetzt" rangen eine Rösler- und eine Altmaier-Puppe mit Bürgern an einem riesigen Hebel um das Tempo der Energiewende. Zudem wurden Umweltminister Altmaier über 100000 Unterschriften für eine faire Verteilung der Kosten der Energiewende übergeben. Hubert Weiger, BUND-Vorsitzender: "Bundeskanzlerin Merkel und die Ministerpräsidenten der Länder müssen einem Ausbremsen oder Deckeln der Energiewende eine klare Absage erteilen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss beschleunigt und das EEG darf nicht abgeschafft werden. Angesichts der Risiken der Atomkraft, des fortschreitenden Klimawandels und der Begrenztheit fossiler Energieträger ist der Ausstieg aus Atomenergie und Kohlekraft zwingend geboten." Steigende Strompreise würden vor allem von Seiten der FDP dazu benutzt, die Energiewende zu diskreditieren. Dabei habe die Bundesregierung die höheren Preise selbst mitverursacht, indem sie viele Unternehmen von den Kosten für erneuerbare Energien weitgehend befreit habe. "Es ist untragbar, dass einkommensschwache Haushalte mit der von der Bundesregierung verursachten Preistreiberei zusätzlich belastet werden. Die Kosten der Energiewende dürfen die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich nicht weiter verschärfen. Hier geht es nicht nur um den sozialen Zusammenhalt, es geht auch um die Akzeptanz notwendiger energiepolitischer Reformen", sagte Ulrich Schneider, Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. "Die Bürger wollen möglichst schnell auf erneuerbare Energien umsteuern - und Atom- und Kohlestrom den Stecker ziehen. Statt den Ausbau der erneuerbaren Energien auszubremsen, muss die Regierung die Kosten der Energiewende endlich fair verteilen. Die Industrie muss hieran angemessen beteiligt werden und Privilegien gestrichen bekommen. Wenn mehr Ökostrom an den Strombörsen zu sinkenden Preisen führt, müssen die Konzerne diese an die Verbraucher weitergeben statt Extraprofite einzufahren", forderte Campact-Geschäftsführer Christoph Bautz.

Pressekontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

thorben.becker@bund.net bzw. Almut Gaude, BUND-Pressereferentin, Mobil: 0163-6079090, E-Mail: presse@bund.net, www.bund.net

Firmenkontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

thorben.becker@bund.net bzw. Almut Gaude, BUND-Pressereferentin, Mobil: 0163-6079090, E-Mail: presse@bund.net, www.bund.net

P>1975 gründeten Horst Stern, Bernhard Grzimek und 19 weitere Umweltschützer den Bund für Natur- und Umweltschutz Deutschland. 1984 kam die BUNDjugend hinzu und 1989 schloss sich der BUND dem internationalen Netzwerk Friends of the Earth an. Dieses Jahr wird der BUND 30 Jahre alt und ist mit fast 400.000 Mitgliedern und Spendern der größte föderale Umweltverband Deutschlands. Mit unzähligen Aktionen und Kampagnen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene konnten wir Moore retten, gegen die Atomkraft mobil machen und uns für umwelt- und gesundheitsverträgliche Produkte einsetzen.